

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 22 / 42. Jg.

31. Mai 1929

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsgort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Das Verhandlungsergebnis abgelehnt.

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen für das Deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe vom 6. bis 9. Mai hat satzungsgemäß der zuständigen Kollegenschaft zur Prüfung vorgelegen und ist in der Urabstimmung mit ziemlich großer Majorität als zu leicht abgelehnt worden. Da der Tarif von den Unternehmern gekündigt worden und das Verhandlungsergebnis durch das Veto der Kollegen abgelehnt worden ist, hört mit dem 31. Mai das kollektiv geregelte Arbeitsverhältnis im Lithographie- und Steindruckergewerbe und im Kunstdruck auf und das Einzelarbeitsverhältnis tritt an seine Stelle. Es tritt also damit der Zustand wieder ein, der in der Vorkriegszeit gültig war und jeden einzelnen Kollegen verpflichtete, für die Gestaltung seines Arbeitsverhältnisses persönlich einzutreten. Im Zeitalter des kollektiven Arbeitsrechtes gewiß ein eigenartiger Zustand. Aber es wäre eben so eigenartig, wollte eine so starke Organisation, wie unsere Kollegenschaft sie ist, den Grundsatz des Tarifes um jeden Preis vertreten. Die Gehilfenschaft will sicherlich das kollektive Arbeitsverhältnis und damit den Tarifvertrag, sie will aber auch, daß ein Tarifvertrag ihren berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt, daß unterm Tarifvertrag ein systematischer Auf- und Ausbau des Arbeitsverhältnisses erfolgt.

Prüft man das Verhandlungsergebnis, dann ist nichts von Auf- und Ausbau des Arbeitsverhältnisses zu spüren. Sind auch die Verschlechterungsabsichten der Unternehmer abgewiesen worden, konnte doch auch kein Gehilfenantrag zur Annahme gebracht werden. Der Tarif blieb also wie er für das vergangene Jahr gegolten hat — bis auf den tariflichen Arbeitsnachweis, von dem die Unternehmer zurückgetreten sind. Aber auch die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses bringt den tariflichen Arbeitsnachweis nicht wieder, weil nach unserer Ansicht nun die gesetzlichen Bestimmungen für die Arbeitsvermittlung in Kraft treten, die mit der Erwerbslosenversicherung in so inniger Verbindung stehen, daß ein Loslösen kaum möglich erscheint. Ist auch ohne Zweifel, daß dem Willen der Unternehmer auf Angliederung der Arbeitsvermittlung an die behördlichen Arbeitsnachweise manche Hindernisse in den Weg gelegt werden können und bedarf es keines Beweises, daß die tarifliche Vermittlung von Arbeitskräften dem Gewerbe am dienlichsten ist, bleibt doch bestehen, daß die bisher tarifliche Arbeitsvermittlung an die von den Gewerkschaften geforderten behördlichen Arbeitsnachweise übergehen wird, zumal sich ein gutes Drittel der Kollegen schon seit Jahren freiwillig dieser Vermittlung unterstellt hat. Der Verbandsarbeitsnachweis wird daran nichts ändern.

Ist zweifellos die Loslösung der Arbeitsvermittlung vom Tarifvertrag von den Kollegen als eine Verschlechterung des Tarifs gewertet worden, sind auch noch eine Reihe anderer Gründe für die Ablehnung des Ver-

handlungsergebnisses maßgebend gewesen. Aus dem Abstimmungsergebnis geht ganz deutlich hervor, daß in einem Teile der Gehilfenschaft Mißstimmung darüber herrscht, daß nicht einmal ein Ausgleich der zurückgebliebenen Löhne bei den Verhandlungen möglich war. Wenn es dem Schutzverband bisher unerfindlich war, mit welchem Recht von den Gehilfen unter der Herrschaft des Leistungslohnes bei Tarifverhandlungen eine allgemeine Lohnzulage verlangt wird, dann wird es ihm wahrscheinlich nun findlich werden. Denn mit Ablauf des Tarifes wird die Freiheit gewonnen, jenen Unternehmern näher zu treten, die mit Hilfe niedriger Löhne eine Schmutzkonzurrenz treiben, der schon längst im Interesse des Gewerbes hätte entgegengetreten werden müssen. Weiter hat die Tarifmüdigkeit der Gehilfen, auf die wir schon wiederholt verwiesen haben, einen neuen Auftrieb durch das unzulängliche Verhandlungsergebnis erhalten. Es kann doch kein Streit darüber bestehen, daß in der zehnjährigen Tarifperiode, abgesehen von einigen kleinen Verbesserungen, ein wesentlicher Abbau wichtiger Tarifpositionen erfolgt ist. Die Tarifjustiz hat ein übriges dazu beigetragen, den Wert des Tarifes für die Gehilfen zu mindern. Es ist also psychologisch nur zu begreiflich, daß die Kollegen müde sind ein Verhältnis zu tragen, daß ihnen starke Bindungen auferlegt und einen gerechten Ausgleich unmöglich erscheinen läßt.

Natürlich behaupten die Unternehmer, der von der Gehilfenschaft geforderte gerechte Ausgleich sei für das Gewerbe untragbar. Obwohl ein prominenter Unternehmensvertreter bei den Tarifverhandlungen forderte, daß jede Behauptung bewiesen werden müsse, sind die Unternehmer für diese Behauptung jeden Beweis schuldig geblieben. Und wenn auch in letzter Zeit eine Anzahl Betriebe unseres Gewerbes ihre Pforten schließen mußten, ist das noch lange kein Beweis dafür, daß das Gewerbe am Ende seiner Leistungsfähigkeit angekommen ist. Die Zusammenbrüche sind höchstens ein Beweis dafür, daß eben auch im graphischen Gewerbe ohne Profit kein Schornstein raucht. Die Unternehmer machen daraus auch keinen Hehl. Sie wollen einen Stillstand in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, um genügend kapitalkräftig zu werden. Werden dafür auch Sanierungsgründe angegeben, steht nebenbei im Hintergrunde die Absicht, den Gehilfen anständig den Marsch blasen zu können, falls sie aufbegehren sollten. Nebenbei sind verschiedenen Unternehmern die erfolgten Zusammenbrüche gar nicht so unangenehm wie vorgegeben, sind doch dadurch wieder einige Konkurrenten weniger.

Ob es ratsam war, gerade jetzt das Vertragsverhältnis aufzugeben, ist eine Frage für sich. Wir sind der Meinung, daß die Jetztzeit nicht besonders dazu angetan ist, unsern Forderungen Nachdruck zu verleihen. Darf auch gelten, daß die bestehende berufliche Arbeitslosigkeit der Arbeitsmarktlage in

der Hauptsache entspringt, ist die wirtschaftspolitische Situation im allgemeinen doch völlig ungeklärt. Es hängt nicht zuletzt vom Ausgange der Pariser Verhandlungen ab, wie sich auch im Gewerbe die Lage gestalten wird. Auch das ist ein Beispiel dafür, wie unser Gewerbe mit der übrigen Wirtschaft verbunden ist und welche Pflicht den Kollegen obliegt, wenn sie über die zukünftige Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse beraten. Es kommt nicht nur darauf an zu entscheiden was notwendig ist und tragbar wäre, sondern es kommt auch darauf an zu beachten, was zur gegebenen Zeit erreichbar ist.

Aber wie man die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Situation auch beurteilen mag, entscheidend ist: *das Verhandlungsergebnis zwecks Abschluß eines neuen Tarifes ist von der zuständigen Kollegenschaft mit beachtlicher Mehrheit abgelehnt worden.* Diesem Votum gilt es Rechnung zu tragen! Das heißt mit andern Worten: ab 1. Juni hört das tarifvertraglich geregelte Arbeitsverhältnis im Lithographie- und Steindruckergewerbe auf zu sein. Da wirft sich ganz von selbst die Frage auf: Was nun? Auf diese Frage gibt der Beschluß des Verbandstages in Jena eindeutig Antwort, denn es heißt in diesem Beschluß: „Das Ergebnis der Tarifverhandlungen ist den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. *Wird das Verhandlungsergebnis mit Stimmenmehrheit abgelehnt, so haben Verbandsvorstand und Verbandsbeirat das Entscheidungsrecht über die zu treffenden Maßnahmen.*“ Diese Maßnahmen müssen nun schnell getroffen werden, wenn unsere gute Organisationsmaschine auch gut funktionieren soll. Verbandsvorstand und Verbandsbeirat treten deshalb schon am 30. Mai in Berlin zusammen, um über die zu treffenden Maßnahmen zu beraten. Wenn also diese Zeilen in die Hände der Kollegen kommen, haben Verbandsvorstand und Verbandsbeirat schon getagt. Aber eben so schnell werden die Kollegen von den Entscheidungen der höchsten Verbandskörperschaften Kenntnis erhalten. Für Sonntag, den 2. Juni sind über das ganze Reich gauweise Vorstandskonferenzen berufen worden, um über die Durchführung der getroffenen Maßnahmen zu beraten. Damit ist von der Verbandsleitung in wünschenswerter Weise alles getan worden, schnell ein einheitliches Auftreten der Kollegen in tarifloser Zeit zu sichern.

Natürlich erwachsen aus dieser Situation den Kollegen besondere Verpflichtungen. Da ohne tarifliche Bindung auch die Unternehmer volle Handlungsfreiheit haben, heißt es für die Gehilfen noch näher zusammen zu rücken als bisher. Weiter gilt es, jede etwa angebotene Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses zurückzuweisen. Ohne mit der Gauleitung und der Ortsverwaltung Rücksprache genommen zu haben, darf überhaupt nichts vereinbart werden. Das gleiche gilt auch für etwa zu stellende Forderungen. Es muß für die Kollegen nachteilig sein, wenn

der vertragslose Zustand als Anlaß benutzt würde, auf eigene Faust Eroberungen zu machen. Verbandsvorstand und Verbandsbeirat werden die zu treffenden Maßnahmen beschließen und jeder Kollege hat die Pflicht, sich den getroffenen Maßnahmen unbedingt unterzuordnen. Nur wenn allerstrengste Disziplin geübt wird besteht Gewähr, daß eine Situation vermieden wird, die die Gefährlichkeit in Bedrängnis bringt. Für die tariflose Zeit muß deshalb gelten: Disziplin, strengste Disziplin! Nur so ist das Geschehen zu meistern und anders führt uns der Tarifkampf in eine Niederlage hinein. Darum nochmals:

*Kollegen, übt Disziplin,
übt strengste Disziplin!*

Sozialversicherung und Reparationen.

Die politische und wirtschaftliche Reaktion benutzt gegenwärtig ein Zusammentreffen besonderer Schwierigkeiten zu einem hartnäckigen Angriff auf die Sozialversicherung. Die Arbeitslosenversicherung soll zuerst daran glauben. Der Reihe nach sollen dann Krankenversicherung, Invalidenversicherung und Unfallversicherung „verbessert“ werden. Zu diesem Zweck wird wieder einmal hemmungslos „bewiesen“, wie notwendig ein solcher Abbau sei und was für einen Segen er für das deutsche Volk bedeute.

Die deutsche Wirtschaft steht jetzt im Zeichen der Reparationsfrage. Noch läßt sich der Ausgang der Pariser Verhandlungen nicht übersehen, aber es ist ganz selbstverständlich, daß die unentwegten Kriegsschreier von gestern die kommende Lösung, mag sie sein wie sie will, für untragbar erklären. Eine derartige „untragbare Lösung“ hat nämlich ihre Vorteile für unsere politischen und wirtschaftlichen Finsterlinge. Sie eignet sich vorzüglich zur Anstachelung nationalistischer Leidenschaften, und sie ist obendrein ein gut wiegender Vorwand für die soziale Reaktion. Einen Vorgeschmack von dem, was wir noch zu erwarten haben, gibt uns Professor von Tyszka im Deutschen Arbeiterbeir.

Tyszka vergleicht die Höhe der Reparationslast mit der Höhe der Soziallast. Um zu besseren Zahlen zu kommen, nimmt er nicht unsere tatsächliche Reparationsleistung von 2.500 Milliarden Mark, sondern den ersten Vorschlag der deutschen Sachverständigen in Paris, nämlich 1.650 Milliarden jährlich. Dieser Zahl stellt er die Soziallast gegenüber, die nach einer Schätzung des Reichsarbeitsministeriums für das Jahr 1928 rund 5.245 Milliarden Mark beträgt. Tyszka kommt so zu dem „erschreckenden Ergebnis“, daß die deutsche Soziallast dreimal so hoch sei, wie die deutsche Reparationslast. Mit bewundernswürdigem Gleichmut wirft Tyszka Sozialleistungen und Reparationsleistungen in einen Topf. Er hält an der Scheidung der Sozialleistungen einschließlich der Beiträge der Arbeiter selbst für eine Art Kriegskrieg, den das Kapital der siegreichen Arbeiterklasse zahlen muß. Daß in der Sozialversicherung keine Werte für Deutschland verloren gehen, wie bei den Reparationsleistungen, sondern nur zwischen Bedürftigen und Leistungsfähigen verschoben werden, ist für Tyszka nebensächlich.

Dann weist Tyszka auf die außerordentliche Steigerung der Soziallast in den Nachkriegsjahren hin. Im letzten Vorkriegsjahr 1913 betragen die Sozialausgaben 1.370 Milliarden Mark, im Jahre 1928, wie schon erwähnt, 5.245 Milliarden. Wenn man berücksichtigt, daß die Kaufkraft des Geldes vor dem Kriege etwa 1,5 mal so groß war wie heute, bedeutet das immer noch, daß die Soziallast auf über das Doppelte gestiegen ist. Auf die einzelnen Versicherungsweige verteilt sich die Steigerung wie folgt:

| | 1913 | 1930 | 1930 Mill. |
|--------------------------|-------|------|------------|
| Krankenversicherung | 892,8 | 1330 | 1330 |
| Unfallversicherung | 222,8 | 253 | 253 |
| Invalidenversicherung | 348,5 | 1435 | 1435 |
| Angestelltenversicherung | 138,1 | 318 | 318 |
| Knappschaftsversicherung | 75 | 220 | 220 |
| Arbeitslosenversicherung | — | 1000 | 1000 |

Tyszka hält diese Entwicklung für sehr bedenklich. Er meint, man dürfte der deutschen Wirtschaft, die durch Reparationen, Außenhandelsdefizit und Verschuldung vorbelastet sei, nicht ein doppelt so schweres Gewicht auflegen, wie der „bürdenlosen“ Vorkriegswirtschaft. Wir halten diese Entwicklung, die sich trotz aller Kriegskriegs- und Inflationsverluste durchsetzen konnte weil die Arbeiterschaft ihre politische und gewerkschaftliche Stellung verstärkte, für einen der größten Fortschritte in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Sozialpolitik ist eben nur für blinde Profitwirtschaftler eine „Vorbelastung der Wirtschaft“. Wir wissen, daß sie notwendig ist für die Erhaltung der Volksgesundheit und der Arbeitskraft, an der das kapitalistische System einen Raubbau in unerhörtem Ausmaß getrieben hat und unter allerlei „wirtschaftlichen“ Vorwänden wei-

ter treiben möchte. Sozialpolitik ist Rationalisierung der Arbeitskraft und darum mindestens ebenso notwendig und ebenso wirtschaftlich wie die Rationalisierung des technischen Apparates der Wirtschaft.

Natürlich kommt auch Tyszka mit dem Einwand, daß die Sozialversicherung Rentensucht erzeuge, daß sie den Arbeiter zur Faulheit erziehe und sein Streben vermindere, aus eigener Kraft vorwärts zu kommen. Für ihre eigene Person wissen Kapitalisten die Sicherung der Existenz sehr gut zu schätzen. Ihr ganzes Streben geht auf Rente und auf Unabhängigkeit. Wenn der Arbeiter das Gleiche tut, nennt man das Rentensucht.

Noch ein, nicht gerade neues Argument zieht Tyszka herbei, um die Notwendigkeit des Abbaus der Sozialpolitik zu beweisen. Dieser Gedankenengang läuft ungefähr so: Deutschlands Wirtschaft kann nur gesunden durch eine große Steigerung der Ausfuhr, aus der wir die Reparationen, die die Auslandsschulden und unsere Einfuhr bezahlen müssen. Steigerung der Ausfuhr ist nur möglich durch Preisunterbietung. Die Preise können in Deutschland nur gesenkt werden, wenn die Löhne und Soziallasten abgebaut werden. Preisabbau und Lohnabbau würden sich ausgleichen, der Reallohn also dadurch nicht verringert werden, die gesteigerte Ausfuhr würde aber die wirtschaftliche Lage so sehr bessern, daß eine Steigerung der Reallohne möglich würde. Diese Rechnung hat nur den einen Fehler: Jedes Land kann natürlich den gleichen Weg gehen und würde ihn gehen. Die Ausfuhr würden aufeinanderprallen, der Wirtschaftskampf würde noch heftiger werden, die Zollmauern noch höher wachsen und der Arbeiter letzten Endes die Zeche bezahlen. Der Weg der Arbeiterschaft geht nicht über fremde Länder hinweg, sondern führt zur Zusammenarbeit in der internationalen Sozialpolitik.

25 Jahre Weltkapitalismus!

Mit dem Kapitalismus hat sich der Prozeß des wirtschaftlichen Auf und Ab völlig geändert. Das gesamte Wirtschaftsleben wurde auf gänzlich neue Grundlagen gestellt. Die Wirtschaftsstruktur der vergangenen Jahrhunderte erfuhr durch ihn eine erbarmungslose Umgestaltung. Als der Pulsschlag der kapitalistischen Wirtschaft zu schlagen anfing, da war es mit dem gemächlichen Rhythmus mittelalterlichen Wirtschaftens für immer geschehen. Ein anderes Tempo zog in den Wirtschaftsprozess ein. Der Pulsschlag der neuen Wirtschaft, der kapitalistischen, war und ist noch immerfort von einer Mächtigkeit und Schnelligkeit, so daß er uns immer wieder aufs neue in Staunen setzt.

100 Jahre Kapitalismus und welch eine grandiose Veränderung ist in diesem Zeitraum im Wirtschaftsleben vor sich gegangen. Das wirtschaftliche Kräfteausmaß, das von Jahr zu Jahr, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, von einem Vierteljahrhundert zum andern in Erscheinung tritt, ist gewaltig. Und immer wieder ist man, wenn man einen Rückblick auf kurze Etappen in der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung wirft, überrascht von den wirtschaftlichen Veränderungen, die sich in der Zwischenzeit vollzogen haben. Faßt man diese wirtschaftlichen Veränderungen und Fortschritte in meßbare Größen, also in nüchterne Zahlen, so erscheint einem, das, was da vor sich gegangen ist, noch gewaltiger. Da wir ja nur einen kleinen Teil der gewaltigen wirtschaftlichen Wandlungen sehen und erleben und in der Praxis die Totalität der Entwicklung in ihrem Weltumfang unserem Blickfeld verschlossen bleibt, so kann uns diese Totalität am wirkungsvollsten noch die Zahl demonstrieren.

Unternehmen wir einmal einen Rückblick nur auf die letzten vom Kapitalismus zurückgelegten 25 Jahre, übersehen wir einmal die Entwicklung des Wirtschaftsverlaufs seit der Jahrhundertwende. Bei dieser Rückschau werden wir ständig überrascht sein von den ungeheuerlichen Strukturwandlungen, die sich in diesem 2 1/2 Jahrzehnt vollzogen. Ja, in den letzten 25 Jahren war der Fortschritt in der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung so rapid, daß er selbst die gewaltige Entwicklung im 19. Jahrhundert noch weit übertrifft.

Nur einige Zahlen von der Weltproduktion und dem Weltverbrauch an Rohstoffen sollen uns heute jene geradezu dramatische Wirtschaftsentfaltung des Kapitalismus in den letzten 25 bzw. 14 Jahren illustrieren.

Betrachten wir zunächst den Fortschritt, der sich in der industriellen Rohstoffproduktion der Welt vollzogen hat. Wenn wir einen Vergleich mit dem Jahre 1900 anstellen und die Jahresproduktion von 1900 gleich 100 setzen, so ergibt sich folgendes Bild:

| Jahr | Steinkohle Mill. Tonnen | Erdöl Mill. Fass | Roh Eisen Millionen Tonnen | Rohstahl Millionen Tonnen |
|------|-------------------------|------------------|----------------------------|---------------------------|
| 1900 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1910 | 149,5 | 219,9 | 162,9 | 213,1 |
| 1913 | 171,6 | 258,4 | 196 | 270 |
| 1920 | 164,4 | 466,3 | 158,2 | 255,8 |
| 1925 | 166,9 | 716 | 190,8 | 319,8 |
| 1927 | 180,1 | 839,8 | 213,4 | 355,1 |

| Jahr | Kupfer Tausend | Zink Tausend | Aluminium Tonnen | Blei Tausend |
|------|----------------|--------------|------------------|--------------|
| 1900 | 106 | 100 | 100 | 100 |
| 1910 | 178,5 | 170,7 | 600 | 129,3 |
| 1913 | 204 | 209,2 | 839,2 | 137,3 |
| 1920 | 190 | 147,6 | 1741,1 | 100,4 |
| 1925 | 280,1 | 237,2 | 2565 | 175,2 |
| 1927 | 305,1 | 276,3 | 2823,3 | 193 |

Wenn wir diese Zahlen noch etwas näher betrachten, so können wir folgendes feststellen: An der Spitze der industriellen Rohstoffentwicklung steht die Aluminiumerzeugung. Sie ist im Jahre 1927 gegenüber dem Jahre 1900 28 mal größer. Die Förderung an Erdöl ist gegenüber 1900 8 mal größer. Gegenüber dem Jahre 1900 ist die Rohstahlproduktion auf das 3 1/2 fache und die Eisenproduktion auf das 2 fache gestiegen. Die Kupferproduktion und die Zinnproduktion ist 1927 3 mal bzw. 3 1/2 mal größer als 1900.

Um einen noch besseren Überblick in die Steigerung der industriellen Rohstoffherzeugung zu geben, seien auch noch die absoluten Zahlen angegeben. Die Weltproduktion betrug:

| Jahr | Steinkohle Mill. Tonnen | Erdöl Mill. Fass | Roh Eisen Millionen Tonnen | Rohstahl Millionen Tonnen |
|------|-------------------------|------------------|----------------------------|---------------------------|
| 1900 | 708,5 | 149,1 | 40,4 | 28,3 |
| 1910 | 1059,6 | 215,2 | 60,8 | 60,3 |
| 1913 | 1216,3 | 385,3 | 79,2 | 76,4 |
| 1920 | 1165,2 | 695,3 | 63,9 | 72,4 |
| 1925 | 1183 | 1067,6 | 77,1 | 90,5 |
| 1927 | 1276,4 | 1252,1 | 86,2 | 100,5 |

| Jahr | Kupfer Tausend | Zink Tausend | Aluminium Tonnen | Blei Tausend |
|------|----------------|--------------|------------------|--------------|
| 1900 | 499,2 | 478,5 | 7,3 | 871,3 |
| 1910 | 891 | 916,6 | 11,5 | 1127 |
| 1913 | 1018,5 | 1000,8 | 65,2 | 1200,1 |
| 1920 | 948,5 | 706,3 | 127,1 | 874,8 |
| 1925 | 1398,5 | 1135 | 187,1 | 1526,6 |
| 1927 | 1523 | 1322,2 | 206,1 | 1681,6 |

Sprechen diese Zahlen nicht eine gewaltige Sprache? Nach ihnen ist die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten 25 Jahren rapid vor sich gegangen als die Entwicklung in den rund 100 Jahren vorher. Welch ein gewaltiges Tempo und welche Energie steckt hinter diesem Fortschritt.

Aber nicht nur, wenn wir die letzten 25 Jahre überschlagen, auch wenn wir die Entwicklung von 1913 am verfolgen, können wir feststellen, daß gerade auf den 14 jährigen Zeitraum, der zwischen 1913 und 1927 liegt, ein gewaltiger Teil des riesigen Fortschritts fällt. Der anfängliche Stillstand in den ersten Jahren nach dem Weltkriege hat längst wieder zu bestehen aufgehört und die Entwicklung hat bereits wieder von neuem gewaltig angesetzt. Die Entfaltung der Erzeugung von Erdöl und Aluminium fällt ganz besonders in die Periode nach 1913. So ist das Erdöl gegenüber 1913 um das 3 fache und das Aluminium ebenfalls um das 3 fache gestiegen usw. Wenn Erdöl und Aluminium in den letzten 14 Jahren eine so riesige Entwicklung aufweisen, so kommt dies daher, weil beide Stoffe infolge der technischen Fortschritte mit in den Mittelpunkt industrieller Verwendbarkeit aufrückten.

Wie die Rohstoffproduktion, so ist natürlich auch der Weltkonsum an Rohstoffen gestiegen. Und zwar ist die Steigerung des Weltkonsums in derselben umfangreichen Weise vor sich gegangen wie die Rohstoffgewinnung. Zur Illustrierung auch hierfür einige Zahlen. Der Weltverbrauch wichtiger Rohstoffe betrug:

| Jahr | Aluminium Tausend | Roh Eisen Tausend | Rohkupfer Tausend | Rohzink Tausend |
|------|-------------------|-------------------|-------------------|-----------------|
| 1900 | 7,3 | 871,3 | 512,7 | 474,8 |
| 1910 | 44,2 | 1144,9 | 916,8 | 827 |
| 1913 | 66,1 | 1200,7 | 1045,9 | 1001 |
| 1920 | 130,8 | 974,7 | 933,1 | 687,2 |
| 1925 | 183,1 | 1528,2 | 1458,9 | 179,6 |
| 1927 | 180,9 | 1596,3 | 1554 | 1313,5 |

| Jahr | Kautschuk Tausend Tonnen | Petroleum Mill. Faß | Steinkohle Mill. Tonnen |
|------|--------------------------|---------------------|-------------------------|
| 1900 | 60,4 | 149,1 | 708,5 |
| 1910 | 95,5 | 327,9 | 1059,6 |
| 1913 | 122,1 | 385,3 | 1216,3 |
| 1920 | 347,5 | 695,3 | 1165,2 |
| 1925 | 536 | 1067,6 | 1183 |
| 1927 | 619,8 | 1253,1 | 1309,1 |

Belassen wir es heute bei diesen Zahlen der Rohstoffherzeugung und des Rohstoffverbrauchs. Springt uns aus ihnen nicht auch schon der gewaltige Pulsschlag des kapitalistischen Wirtschaftens entgegen? Aber nicht nur in der Erzeugung und Konsumierung von industriellen Rohstoffen, sondern auf allen Zweigen des Wirtschaftsprozesses hebt sich der Gesamtstand von 1927 über den Stand von 1900 gewaltig hinaus.

In die revolutionäre Entwicklung des Weltkapitalismus, von der wir hier ja nur einen kleinen Ausschnitt gegeben haben, führt uns ganz besonders das hochinteressante Nachschlagewerk des Statistischen Reichsamtes über „Die Wirtschaft des Auslandes 1900—1927“ ganz besonders ein. Diesem umfangreichen Werk verdanken wir vor allem eine ausgezeichnete zahlenmäßige Orientierungsmöglichkeit über die weltverändernde Entwicklung, die der Kapitalismus im letzten Vierteljahrhundert zurückgelegt hat. Es läßt uns klar die rasende und noch immer ununterbrochene Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft übersehen.

RECHT UND GESETZ

Die deutsche Sozialpolitik. Von der Reichsverfassung bis zur Stabilisierung.

Die Zeit nach 1919 galt der Ausführung des Programms der Reichsverfassung, das im vorigen Aufsatz skizziert wurde.

Auf dem Gebiet des Arbeitsrechts wurden einige Sondergebiete gesetzlich geregelt, einige andere der gesetzlichen Regelung näher gebracht. 1920 wurde das Betriebsrätegesetz mit einer Menge von Ausführungsverordnungen erlassen, der Vorläufige Reichswirtschaftsrat gebildet und eine Musterarbeitsordnung für gewerbliche Arbeiter aufgestellt. 1921 entstanden als Ergänzungen zum Betriebsrätegesetz das Betriebsbilanzgesetz, das den Unternehmer verpflichtet, dem Betriebsrat die Bilanz vorzulegen und zu erläutern und das Gesetz über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat. Ferner wurden die Sondergesetze für Hausarbeiter, Berg- und Seelute den Verbesserungen bei den gewerblichen Arbeitern entsprechend umgestaltet. Das Heimarbeiterlohngesetz schuf die Möglichkeit einer bindenden Lohnregelung für Heimarbeiter durch zu errichtende Fachausschüsse.

Die verschiedenen Arbeitsrechtsausschüsse beim Reichsarbeitsministerium legten 1919 einen Entwurf für ein Arbeitsstufengesetz, 1920 einen Entwurf für ein Arbeitsvertragsgesetz und 1921 einen Entwurf für ein Arbeitsgerichtsgesetz vor. Diese Entwürfe kamen in der Periode deutscher Geschichte, die wir hier behandeln, nicht mehr vor den Reichstag. 1922 setzt die Inflation in größerem Umfang ein und in dem Maße, in dem Reich und Regierung in finanzielle Bedrängnis kamen, wuchsen die Widerstände der Industrie gegen weitere sozialpolitische Maßnahmen und schwand die Kraft der Verteidigung auf der Seite der Arbeiterschaft.

Die Arbeitsmarktpolitik stand noch ganz unter dem Einfluß der Demobilisierungsbestimmungen und der vorläufigen Regelung, die das Schlichtungswesen in der Tarifvertragsordnung vom 23. Dezember 1918 gefunden hatte. Man sah die recht geringe Arbeitslosigkeit in den Jahren 1919—1922 noch als Folge des Krieges an und hoffte, sie durch Verbesserungen im Arbeitsnachweiswesen ganz zu beseitigen. Im Arbeitsnachweisgesetz vom 22. Juli 1922 verpflichtete das Reich die Gemeinden zur Errichtung von Arbeitsnachweisen und die Länder zur Errichtung von Landesarbeitsämtern. Die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsnachweisen, den Demobilisierungsämtern und der Erwerbslosenfürsorge, wie auch zwischen den Kommunen und den Ländern war jedoch so lose, daß es gewagt ist, hier überhaupt von einer Arbeitsmarktpolitik zu sprechen.

Die Sozialversicherung war durch den Krieg außerordentlich mitgenommen worden. Durch den Ausfall von Versicherten war sie in ihrem Vermögen geschwächt. Sie war belastet durch eine große Zahl von Anwartschaften, die durch die Einberufung zum Militär nicht erloschen waren. Sie hatte es mit einer durch den Hunger der Kriegsjahre und durch die Strapazen der Kriegführung geschwächten Bevölkerung und mit einer höheren Zahl von Renten zu tun. In mühevoller Arbeit wurde an die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung gearbeitet, bis die Inflation wieder alles zerstörte.

Eine Änderung in der Verfassung der Sozialversicherung erfolgte in der Richtung einer stärkeren Beteiligung der Versicherten an der Verwaltung der Versicherungseinrichtungen.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ist die Arbeitszeitgesetzgebung von Bedeutung. In einer Anzahl von Verordnungen wurde der Achtstundentag für alle Arbeiter und das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit für die meisten Gruppen von Arbeitern durchgeführt. Die Gewerbeaufsicht wurde in der Form wieder aufgebaut, in der sie vor dem Kriege bestand. Weniger durch die Gesetzgebung als dadurch, daß das Reich als Arbeitgeber Tarifverträge abschloß, die dann für die Tarife mit privaten Unternehmern vorbildlich wurden, wurden die Arbeitsbedingungen verbessert und das Recht des Arbeiters auf Ferien anerkannt.

Bei der Neuregelung der sozialpolitischen Verwaltung sind vier weitere Gebiete in die Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums gestellt worden, die nur kurz erwähnt werden sollen: Das Versorgungs-, das Fürsorge-, das Wohnungs- und das Siedlungswesen.

Das Versorgungswesen wurde vollständig umgebaut. Das Mannschaftsversorgungsgesetz aus der Zeit vor dem Kriege mit seiner Scheidung der Menschen nach dem Dienstgrade und seiner Vernachlässigung der inneren Verletzungen war völlig überholt. 1920 entstand das Reichsversorgungsgesetz, das an die Stelle der alten Kastengesichtspunkte soziale Gesichtspunkte (Grad der Erwerbsbeschränktheit, Kinderzahl) setzte. Neben die

reine Geldentschädigung trat die soziale Fürsorge.

Ebenso unzulänglich war die gesetzliche Grundlage des Fürsorgewesens. Es ruhte im wesentlichen auf den Armengesetzen der Länder und auf dem Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz von 1908. Im ersten Jahr nach dem Kriegsende halfen die Kriegsunterstützungen etwas aus. Später machte sich die Inflation mit ihrer Entwertung der Renten geltend. Ganz neue große Schichten der Bevölkerung wurden hilfsbedürftig. Eine Zeitlang versuchte man mit Verordnungen über die Erhöhung der Renten entgegenzuwirken. In der Inflation von 1923 brach das Fürsorgewesen zusammen. Im Anfang des Jahres 1924 wurde es auf einer neuen gesetzlichen Grundlage wieder aufgebaut.

Das Reichswohnungswesen hat für uns insofern Bedeutung, als auf dem Gebiet der Wohnungsverwaltung eine neue große soziale Not entstanden ist. Das Aufhören der Bautätigkeit während des Krieges, das Zustromen von Vertriebenen nach Friedensschluß und das Sinken der Zahlungsfähigkeit der Massen sind die Hauptursachen dieser Not. Die Verordnungen vom 23. September 1918 und vom 19. Januar 1919 über den Wohnungsmangel suchten die Frage zu lösen, indem sie den Demobilisierungskommissaren diktatorische Vollmachten über die Beschlagnahme von Wohnungen und Wohnungsteilen in die Hand gaben. Die Vollmachten wurden später auf die Wohnungssämter der Städte übertragen und die Reichsgesetzgebung beschränkte sich auf die Aufstellung von Richtlinien.

Das Reichsiedlungswesen hat hauptsächlich für die agrarischen Teile des Reichs Bedeutung. Hier waren mannigfache Aufgaben zu erfüllen. Das Reichsiedlungsgesetz von 1919 sucht die Schwierigkeiten der Landbeschaffung aus dem Wege zu räumen. Es verpflichtete den Großgrundbesitzer zur Hergabe von Land. Darüber hinaus verlangte die Stellung der kleinen Besitzer und Pächter dringend nach gesetzlichen Schutz. Die Verordnung vom 15. Januar 1919 regelte die Rechtsform, des Erbaurechts, die Kleingarten- und Kleinlandpachtordnung schuf Schutzbestimmungen für die Kleinpächter, die Pachtschutzordnung von 1920 gab den größeren landwirtschaftlichen Pächtern eine bessere Rechtsstellung. Diese gesetzgeberischen Maßnahmen schufen aber nicht mehr als die Möglichkeit einer Lösung der sozialen Frage auf dem Lande. Auf keinem Gebiet ist so wenig wirklich geschehen, wie hier.

In einer Gesellschaft, wie der unseren, steht neben jedem „für“ auch ein „gegen“. Für die Arbeiterschaft heißt gegen die Unternehmer, für die Mieter heißt gegen die Hausbesitzer, zugunsten der Bauern und Landarbeiter heißt gegen die Großgrundbesitzer. Wenn das so ist, so ist mit der Gesetzgebung zwar einiges, aber bei weitem noch nicht alles getan. Die oft weit schwerere Arbeit ist die Durchführung der Gesetze. Die Hindernisse, die der Durchführung entgegenstehen, können aus der wirtschaftlichen Lage kommen, so ist z. B. die Siedlung zum guten Teil deshalb mißlungen, weil die Kapitalbeschaffung unmöglich war oder die staatliche Fürsorge illusorisch gemacht wurde, weil die Geldentwertung jede Rente wertlos machte.

Hindernisse kommen aber auch aus dem Widerstand der benachteiligten Kreise. Die Klassen, die vor dem Kriege die herrschenden waren, sind durch den Krieg nicht zu Freunden der Sozialpolitik geworden. Wir haben sogar die sehr bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß weite Kreise der Wissenschaft nach dem Kriege aus der Front des sozialpolitischen Fortschritts ausgeschieden sind. Gegenüber diesen Hindernissen hängt es von den Machtverhältnissen ab, wieviel von dem sozialpolitischen Willen Gesetz und wieviel von den Gesetzen wirkliche Tat wird. Von der Reichsiedlungsgesetzgebung ist nicht viel wirkliche Tat ausgegangen. Die selbständige Angriffskraft der Siedlungsinteressenten war zu gering und die Widerstandskraft der Junker zu groß. Von der Gesetzgebung auf dem Gebiet der Arbeiterfrage ist wesentlich mehr Tat geworden, weil die Arbeiterschaft und ihre Organisationen eine geschlossene Macht darstellen, aber wir wissen, wie sehr selbst in den Jahren 1920—1922 manche Bestimmungen, z. B. des Betriebsrätegesetzes, nur auf dem Papier standen.

Die Inflation hat die Front der Gegner der Sozialpolitik in hohem Grade gestärkt. Am Ende der Inflation war die Arbeiterschaft in dem täglichen Rennen um die Verwertung der Scheine erlahmt, der einzelne Arbeiter seines finanziellen Rückhalts beraubt und belastet mit der Sorge um diejenigen seiner Angehörigen, denen die Entwertung aller Renten bittere Not gebracht hatte. Die Sozialversicherung war bankrott und die gewerkschaftliche Kampfkraft auf ein Minimum gesunken. Die Art, in der die Stabilisierung vor sich ging, bedeutet politisch eine große Niederlage der Arbeiterschaft.

Die 12. Internationale Arbeitskonferenz.

Die diesjährige Internationale Arbeitskonferenz, die nunmehr die zwölfte ist, wurde am 30. Mai in Genf eröffnet.

Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen:

1. Die Verhütung von Arbeitsunfällen.
2. Schutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter gegen Unfälle.
3. Die Zwangsarbeit.
4. Die Arbeitszeit der Angestellten.

Die Verhütung von Arbeitsunfällen beschäftigt nun zum zweiten Male die Konferenz. Die vorjährige Arbeitskonferenz hat bereits in erster Beratung die Frage behandelt. Nunmehr heißt es sich darüber zu entscheiden, welche Grundsätze für die Verhütung von Arbeitsunfällen aufzustellen sind. Die Antworten der Regierungen, die auf die von der vorjährigen Konferenz ausgearbeiteten Fragebogen beim Arbeitsamt eingegangen sind, lassen erkennen, daß sie die Annahme einer internationalen Empfehlung über die allgemeine Frage der Unfallverhütung für zweckmäßig halten. Die beste Unfallbekämpfung sieht man in der Zusammenarbeit aller Beteiligten. Für die Unfallbekämpfung sollen folgende Grundsätze gelten:

Die Arbeiterorganisationen wirken durch Erziehungsarbeit auf ein unfallsicheres Verhalten der Arbeitnehmer hin. Die Unternehmer sind bei der Errichtung und Führung ihrer Betriebe an bestimmte Vorschriften zur Verhütung von Arbeitsunfällen gebunden. Die Anlagepläne industrieller Werke müssen zur Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden. Zur Durchführung der gesetzlichen Schutzbestimmungen wird eine wirksame Arbeitsaufsicht errichtet. Und durch Landesgesetze wird verboten, daß Maschinen in den Handel gebracht werden, die nicht mit den gesetzlich vorgeschriebenen Unfallschutzvorrichtungen versehen sind.

Auch die Antworten auf den Fragebogen betreffs des Schutzes der Arbeiter beim Beladen und Entladen von Schiffen lassen erkennen, daß die Regierungen für ein Übereinkommen über die Gewichtsangabe bei schweren Laststücken, die durch Schiffe befördert werden sollen, eintreten. Durch dieses Übereinkommen soll bezweckt werden, daß die Hafenarbeiter insofern gegen Unfälle geschützt werden, daß durch die Gewichtsangabe keine Unterschätzung des Gewichts vorkommen kann.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung liegt ein umfangreicher Bericht über die Zwangsarbeit vor. In ihm ist das Material über die geltende Regelung der Zwangsarbeit aus zahlreichen Kolonialgebieten zusammengestellt. Diesem 370 Seiten umfassenden Bericht ist zugleich der Entwurf eines Fragebogens beigegeben, dessen Beantwortung die Grundlage für ein Übereinkommen bieten kann. Die Zwangsarbeit wird zum erstenmal auf der Internationalen Arbeitskonferenz behandelt. Da in bezug auf die Zwangsarbeit große Umstände bestehen, so werden zu ihrer Regelung folgende Grundsätze vorgeschlagen:

Die Zwangsarbeit soll überhaupt verschwinden, da ihr Weiterbestehen mit den modernen Begriffen über das Zusammenleben der Völker unvereinbar ist. Anwendung der Zwangsarbeit soll nur dort gestattet sein, wo sie zur Abwendung von Gefahren noch notwendig ist. Zur Regelung der Zwangsarbeit in diesen Fällen wird vorgeschlagen: Frauen, Kinder, Greise und mit Gebrechen behaftete Personen dürfen zur Zwangsarbeit nicht herangezogen werden. Außerdem darf nur ein bestimmter Prozentsatz von Männern ausgehoben werden. Mehr als 60 Tage soll die Zwangsarbeit für öffentliche Zwecke in der Regel nicht betragen. Vom Heimatsort dürfen die Arbeiter höchstens 6 Monate entfernt sein. Der Lohn muß sich nach den ortsüblichen Löhnen richten und die Höchstarbeitsdauer beträgt wöchentlich 48 Stunden. Zwangsarbeit für private Unternehmer ist verboten.

Ebenfalls zum ersten Male wird die Arbeitszeit der Angestellten behandelt. Da das Washingtoner Übereinkommen nur die Arbeitszeit für die gewerblichen Betriebe regelt, so soll nun durch ein Übereinkommen auch die Arbeitszeit der Angestellten in den Handelsbetrieben geregelt werden.

Punkt 1 und 2 der Tagesordnung, Übereinkommen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, dürfte nach den Mitteilungen der einzelnen Regierungen im positiven Sinne erledigt werden. Bei Punkt 3 und 4, Zwangsarbeit in den Kolonien und Arbeitszeit der Angestellten, handelt es sich um eine erste Beratung. Findet sich eine Mehrheit über eine Regelung dieser Fragen, so findet auf der nächsten Konferenz ihre zweite Beratung und Beschlußfassung über die zu ergreifenden Maßnahmen statt.

Hoffen wir, daß die diesjährige Internationale Arbeitskonferenz ein weiterer Fortschritt in der internationalen Sozialpolitik bedeutet.

VERBAND UND BERUF

Lohnverhandlungen im Formenstich.

Der Lohnstarif für das Deutsche Formstechergewerbe vom 11. Mai 1928 war am 10. Mai d. J. abgelaufen. Der Verbandsvorstand hatte bereits am 16. April neue Lohnforderungen eingereicht mit dem Ersuchen, daß noch vor Ablauf des Lohnabkommens neue Verhandlungen stattfinden. Nach Abschluß der Beratung im Unternehmerverband teilte der Unternehmensvorsitzende schriftlich mit, daß solche Verhandlungen in Hannover am 25. Mai stattfinden können. Der Schlußsatz des Briefes lautete: „Meines Erachtens nach ist die anberaumte Sitzung völlig zwecklos, da unser Verband nicht in der Lage ist, auch nur die geringste Lohnerhöhung vorzunehmen.“ Der Verbandsvorstand bestand aber auf diese Verhandlungen, die dann auch in Hannover stattgefunden haben.

Trotz stundenlanger Verhandlung konnte kein Erfolg für die Kollegen erzielt werden. Obwohl die Gehilfenvertreter die dringliche Notwendigkeit der Verbesserung der Gehilfenlöhne eingehend darlegten, wurde auch die geringste Lohnverbesserung abgelehnt. Die Unternehmer wiesen auf die schlechte Geschäftslage hin, die den Gehilfen dadurch eindringlich bekanntgeworden sei, daß fast alle Gehilfen im letzten Jahre längere Zeit ohne Beschäftigung waren. Die Unternehmer fürchteten, daß viele Unternehmer austreten würden, wenn jetzt kurz vor der Beendigung der nicht günstig gewesenen Konjunktur noch eine Lohnzulage gegeben wird. Die Unternehmer müßten diese aus ihren Gewinnen zahlen. Da diese sehr gering seien, könne ihnen das nicht zugemutet werden. Die Unternehmer schlugen vor, daß wir uns einem Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums unterwerfen. Vor diesem Schlichter könnten beide Vertragsparteien ihre Verhältnisse darlegen und dieser könne dann entscheiden, ob die Forderungen der Gehilfen erfüllt werden könnten.

Als die Gehilfen nach stundenlanger Bemühung einsahen, daß eine Lohnzulage mit sofortiger Wirkung nicht erreichbar war, schlugen sie die Festsetzung eines späteren Termins vor. Darauf sind die Unternehmer am Schluß der Verhandlungen eingegangen und so wurden neue Lohnverhandlungen auf den 5. Oktober d. J. in Berlin vereinbart.

Die Gehilfenvertreter hatten keine Vollmacht zuzugestehen, daß die bisherigen Löhne bis zu diesem Zeitpunkt neu vereinbart werden. Tarifrechtlich hat die Gehilfenschaft völlige Handlungsfreiheit. Die Verbandskörperschaften werden zu der Sachlage Stellung nehmen und entscheiden, ob ohne Vereinbarung die Tariflöhne bis zum Herbst fortbestehen sollen. Die Gehilfenschaft, die völlig festgeschlossen die Forderungen gestellt hat, wird ebenso diszipliniert die Entscheidung der Verbandskörperschaften erfüllen. Sie wird ebenso bereit sein, für einen höheren Lohn zu kämpfen, als auch wirtschaftliche Einsicht zu üben, wenn eine Lohnzulage vor dem Herbst nicht erreichbar erscheint. Den Unternehmern kann aber schon jetzt gesagt werden, daß in absehbarer Zeit eine Lohnverbesserung erfolgen muß, sonst wird das Formstechergewerbe vor Erschütterungen nicht bewahrt bleiben.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ zu den Tarifverhandlungen im Steindruckgewerbe.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Organ des ADGB., berichtet über die gepflogenen Tarifverhandlungen für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe wie folgt:

„Die Tarifverhandlungen im Steindruckgewerbe, die vom 6. bis 9. Mai währten, haben zunächst ihren Abschluß gefunden durch einen Beschluß der Beauftragten beider Vertragsparteien, nach welchem der Tarif um ein Jahr verlängert wird, unter der Voraussetzung, daß der § 11, betreffend die tariflichen Arbeitsnachweise und die dazugehörige Geschäftsordnung, aus dem Tarif herausgenommen werden. Der Gehilfenverband wird über das Weiterbestehen des Tarifes ohne die Arbeitsnachweisbestimmungen seine Mitglieder durch Urabstimmung befragen. Der Gehilfenverband wird das Ergebnis dieser Urabstimmung am 27. Mai dem Verband Deutscher Offset- und Steindruckereibesitzer mitteilen, damit dieser das

Ergebnis seiner am 2. Juni 1929 stattfindenden Mitgliederversammlung zur Kenntnis bringen kann. Sollte der Tarifvertrag um ein weiteres Jahr verlängert werden, so wird unverzüglich eine Kommission beider Verbände zusammentreten, um die redaktionelle Fassung des Tarifvertrages vorzunehmen. Die Unternehmer hatten den Gehilfenvertretern erhebliche Verschlechterungen des Vertrages zugemutet, die jedoch abgewehrt werden konnten bis auf die Beseitigung des tariflichen Arbeitsnachweises. Abgesehen hiervon „ist das Verhandlungsergebnis angesichts der wirtschaftlichen Lage auf ein Jahr zu tragen“, schreibt die „Graphische Presse“.

An den Rand geschrieben.

Edle Seelen.

Jeder Unternehmer würde vor Entrüstung plätzen, wenn wir behaupten wollten, ihm ginge nicht das Vaterland über alles; und das erst recht, wenn es sich um einen ehemaligen Offizier handelt, wie in dem vorliegenden Falle. Dies vorausgesetzt, führt zu dem Schluß, daß in den Augen der Unter-

Tatsache zu bestätigen. Es dauerte keine 10 Minuten, wurde er vors hohe Tribunal geladen und unter Auszahlung seines Gehältes für die Kündigungstrist sofort entlassen. Es ist bedauerlich, daß sich der Entlassene nicht dazu entschloß, gegen die Firma Klage zu erheben, um so der Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, in das ekelhafte System hineinzuleuchten.

Patrioten.

Die Börse hatte einen „nervösen Freitag“ im April 1929. Der Spekulation war Gelegenheit gegeben in New York Geld zu verdienen. Der Dollar fing an zu steigen, zwar langsam, aber er stieg. Das Gespenst der Inflation stieg herauf. Die Inhaber von Papieren hatten alle Telefonstricken zu ihren Banken belegt um Anweisungen über Verkauf und Kauf zu geben. Ein 150 prozentiger Patriot sagt: Verkaufen Sie alle meine Inlandspapiere, ich will nur Ausland haben und zwar am liebsten Schweizer Bundesbahnen. Geschäft ist Geschäft, und geht die Währung flöten, so ist es bestimmt der Arbeiter, der nie genug Lohn bekommen kann. — Wahrhaft, faul bis ins Mark ist die Gesellschaft.

Sonne und Farbe.

Wie schäumender Eischt, die Maschine faust, die Farbe zischt.
Kraftvoll und jung und strotzt die Hände. —

Mehr Drogen, mehr Leistung, gellendes Schreie, vermischt.
Wir brauchen Gewinn, brauchen hohe Dividende.

Die bunte Stala der Farben, so prächtig und schön
zu erfreuen der Menschheit Auge und Sinn.
Ruß als Stlave in Demut an der Maschine ist fest'n,
zieht geheimnisvolle Blut nach der Sonne mich hin.

Drude ich Schwarz, wird das Herz mir trautig und schwer,
dann den ich an die Nacht, an den Tod.
Das Selb es liegt an den Händen umher
und dient den Schweißfliegen und Kriechern als Brot.

Grün ist der Tisch an dem schon manches gebar,
Ob's nun Krieg war, Stiede oder bloß Schmutz.
Schön dunkelblau einstmal's das Preußenheer war,
es erinnert an Ribhandlung und Stöße mit dem Fuß.

Am schönsten ist das Gold, das wahre, das echte,
denn ist es in der Sonne goldenen Schein
und schließt die Augen — das Antk, das rechte —
dann leuchtet es rot in mein Herz hinein.

Rot ist die Farbe, die mir am besten gefällt,
rot ist die Mode — rot war die Wahl —
Wir haben die tüchtigste Brut der Gegner zerschellt.
Nur Goldfeuertot beendet die Qual.

Keramikus.

nehmer der Mensch besonders hoch im Ansehen steht, der seine gesunden Knochen auf dem Altar des „Vaterlandes“ geopfert hat. Wir wissen, wie immer, täuscht die Phrase.

Bewirbt sich da ein Kollege bei einer Großfirma um einen Posten als Drucker und verlangt seinen bisher nachweislich gehalten Lohn von 67,50 Mk. Die Firma bietet 55,— Mk., „weil er doch als Kriegsbeschädigter Rente beziehe“. Fein was, es geht doch nichts über geschäftliche Tüchtigkeit. Der Profit soll nicht nur aus der Arbeitskraft fließen, sondern auch noch aus dem Elend des Kriegsverletzten gesteigert werden. Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß. Warum hat sich aber der Prolet während der Baderkur nicht in der Etappe oder in der Heimat in einem Proviantamt herumgetrieben?

Was aber fragen: Was geht die Unternehmer die Kriegsrente an?

Der Horcher an der Wand.

Der oben geschilderte Fall führte zu einer Beschwerde des betreffenden Kollegen bei seinem Verband. In der Firma ist ein Betriebsspitzel vorhanden, der unter anderem auch die Aufgabe hat, jedes Telefongespräch zu überwachen. Wie jeder Spitzel, so muß er seine Wichtigkeit durch Übertreibungen erweisen.

Der Verbandsvorsitzende kam mit dem Abteilungsleiter ins Gespräch, erhob Einspruch gegen das unmögliche Verhalten der Firma und wies auf die in ihr übliche schlechte Bezahlung hin. Der Abteilungsleiter konnte nicht anders, als diese

Korruption.

In Fachzeitschriften werden von einem graphischen Werk Vertreter gesucht. Natürlich massenhaft Angebote. Zuschriften: Bitte stellen Sie sich vor. Da geht es los das Geschmuse, der Inhaber ist die Freundlichkeit selbst. Händereiben, Schmunzeln. Es tut mir leid, es tut mir wirklich leid, vielleicht können ich später auf Sie zurück. Aber hören Sie, Sie können sich einen Nebenverdienst verschaffen, wenn Sie die Aufträge, die Sie für Ihre jetzige Firma erhalten, auch mir zur Kalkulation zukommen lassen; noch lieber ist es mir, wenn ich gleich die Preise Ihrer Firma erfahren kann. Komme ich ins Geschäft, soll es Ihr Schaden nicht sein.

Fatal, höchst fatal, wenn der Unternehmer in einer „schwachen Stunde“ die Geschichte ausplaudert und dazu sagt: Ich kenne jeden Auftrag, den die Firma . . . bekommt oder nicht bekommt. Ich kenne ihre Kalkulationen und ihre Preise. Es ist eben kein Zufall, daß ich immer gut beschäftigt bin.

Die Gehilfen stehen mitten in dieser Mahlmühle der Verkommenheit und sie sind ohne Ahnung die Opfer. Denn sie können nie genug leisten, aus ihnen kann nicht genug herausgeholt werden. Die Löhne sind dauernd zu hoch, weil die „Verdienste“ der Unternehmer zu niedrig sind. Das Gewerbe geht zu Grunde und Schuld, dreimal Schuld tragen die Gehilfen und ihre Organisation. Meine Herren, wem wollen Sie das erzählen?

Schiefheiten.

Arbeitnehmer — Arbeitgeber. Wer gibt und wer nimmt die Arbeit? Warum nicht klar und eindeutig Unternehmer und Arbeiter? Tatsächlich nimmt der Unternehmer unsere Arbeit und wir geben sie, und doch ist durch falschen Sprachgebrauch der Unternehmer vom Nehmer zum Geber geworden. Der Arbeitsvertrag hat zur Grundlage Leistung und Gegenleistung: Der Arbeiter verkauft seine Arbeit oder richtiger seine Arbeitskraft, der Unternehmer nimmt sie an und bezahlt, nachdem die Leistung vollbracht ist. Der Auftrag, den der Unternehmer hat und zu dessen Fertigstellung er sich die Arbeitskraft kauft, ist keine Arbeit. Arbeit ist die Tätigkeit des Arbeiters und Angestellten.

Ist also die Ausdrucksweise sachlich falsch, so führt sie ideell direkt ins Untertanenverhältnis. Wie dankbar muß doch der Arbeiter sein, daß ihm der Arbeit, „geber“ Arbeit gibt. Der Gebende ist immer der Überlegene und der Nehmende zu Dank verpflichtet. Und wie tausendfältig kehrt es immer wieder: Sie müssen mir dankbar sein, daß ich immer wieder unter den größten Schwierigkeiten Arbeit heranbringe, um Sie beschäftigen zu können. Nur Ihnen zuliebe mache ich diese Anstrengungen, verdienen tue ich nichts dabei.

Kriecht ob soviel Güte der Arbeiter nicht im Gefühl seiner Minderwertigkeit wie eine Schnecke in sich zusammen, sondern gibt er in klarer Erkenntnis der Lage die richtige Antwort, steigt meist die Entrüstung drüber hoch.

Begriffe müssen bei den Worten sein und für jeden Begriff das richtige Wort. Also sprach: Arbeiter und Unternehmer. Galle.

FRAU UND KIND

Organisation, eine seelische Forderung.

Hans Maria Ehringhausen.

Hinter allen Zwecken, das heißt, äußeren Forderungen der Organisation steht als Sinn ein Lebensgefühl, ein Lebenswille, der um seiner selbst Willen Erfüllung heischt und solange unweigerlich vorwärtsdrängt und auf alle Widerstände drückt, bis er so oder so verwickelt, damit in irgendeiner Weise befriedigt ist. Diese Idee flammt auf in einer großen Liebe, die statt kalter Herrschaft von Menschen über Menschen eine Gemeinschaft der Brüderlichkeit aufbauen will. Es ergibt sich folgende Fragestellung: Hat das menschliche Leben, auch das Gemeinschaftsleben einen Sinn oder bloße Zwecke? Mit anderen Worten: Kommt der Mensch zur inneren Ruhe ob der Erfüllung, seiner ihm von der Natur gesetzten von seiner Willkür unabhängigen Aufgaben durch Befriedigung unrationaler Lebensgefühle, die Lebensinhalt, seelische Bereicherung durch zeitlose Lebenswerte, durch sogenannte Ewigkeitswerte geben — oder kommt er dahin allein durch Befriedigung rationalbeherrschter äußerer Lebensbedürfnisse, die nur Nutzwerte zum Gegenstand haben?

Auf das Gemeinschaftsleben angewandt, heißt das: suchen die Menschen im Gemeinschaftsleben letztlich einander, um einer dem anderen menschlich etwas zu sein, durch lebenserhöhende Lebensergänzung, so am tiefsten in Ehe und Familie — oder suchen sie einander bloß, um einer vom andern etwas zu haben als äußere Vorteile, als Nutzen, wobei der andere nur gewertet wird — als Geschäfts- und Gewinnobjekt oder als Geschäftsteilhaber, Mitinteressent und Genosse einer Nutzgesellschaft?

Auf unsere Organisationen angewandt, heißt das: sind sie Lebensgemeinschaft oder Schicksalsverbundenheit, die soziale Volksfamilie — oder ist sie ein bloßer Zweckverband, ein freigeschlossener „sozialer Vertrag“, eine Interessengemeinschaft, in der die einzelnen nur durch das Nutzinteresse und das Streben nach Befriedigung äußerer Bedürfnisse zusammengehalten werden, im übrigen aber als selbstherrliche Individuen einander gegenüberstehen, die einander menschlich nichts schulden?

In diesen Gegensätzen liegt der wesentliche Unterschied von organischer Gemeinschaft und mechanischer Gesellschaft. In der organischen Gemeinschaft, die Lebensgemeinschaft und Schicksalsverbundenheit ist, lebt jeder einzelne als Glied eines Organismus, ist als solches tätig. Das Glied ist wesenseins mit dem Ganzen, dessen Wohl, ist sein eigenes Wohl. Das Glied will zuerst sich hingeben, und diese Hingabe ist göttig, selbstlos, unzuweckhaft, nicht berechnend; sie beglückt als Erfüllung eines Lebenssinnes, der sich verschenken bedeutet. Im Körper ist jedes Glied ein solches von der Geburt her, in der menschlichen Lebensgemeinschaft ist jeder einzelne ein Glied aus seelischer Wiedergeburt in der Ehe aus der Liebe von Mann und Weib, in der Familie aus Erzeugen, Gebären und Geborenwerden, im Berufsstande aus dem Berufsethos, das Drang zum Dienst an der Volksgemeinschaft bedeutet, in der sozialen, staatsbürgerlichen Volksgemeinschaft, aus dem Erleben der naturhaften Lebens- und Schicksalsverbundenheit der Gemeinschaft des Blutes, der ererbten und weiter zu vererbenden Sitte und Kultur.

Es liegt auf der Hand, daß organische Gemeinschaft als Lebensgemeinschaft, die einen Lebenssinn verwirklichen will, Kultur schafft, daß im Gegensatz dazu die mechanische Gesellschaft nur Zivilisation hervorbringt. In der menschlichen Lebensgemeinschaft wirkt als Seele der Sinn des Lebens, der in Idee und Liebe aufgeht, als Lebensgefühl und Lebenswille sich verwicklicht.

Der Sozialismus als Träger des Gemeinschaftswillens ist durch das Schicksal gebunden an die organische Entwicklung unseres Volksgemeinschaftslebens. Dieses Leben können wir nur finden in unseren Gewerkschaften, in unseren Organisationen.

Welche Aufgabe fällt nun der Frau zu, um diese seelische Forderung der Organisation zu fördern?

Erst der Sozialismus hat den großen Kampf um die Befreiung der Frau von Jahrtausende alten Fesseln begonnen, und er wird ihn allen Hemmungen und Hindernisse zum Trotz bis zum siegreichen Ende durchführen.

Die Jugend kennt es, und mehr noch, stärker noch kann es die Frau, die ihr wahres Wesen befreit. Ihre Art zu denken und zu handeln, wird die Formen des öffentlichen Lebens, die der Mann geprägt hat, nicht mit einem Schläge umbilden, kann es nicht und will es nicht, aber sie wird und muß neue Antriebe und neue Gedanken hinein gießen und alles kräftigen oder befreien, was aus Männerart und Männergeist noch lebensfroh hervorbricht.

Schwererziehbare Kinder — unerzogene Eltern.

Von Schwester Lydia Ruehlend.

„In den Fehlern des Kindes spiegeln sich die Fehler der Eltern wider.“

Unsere Zeit ist erfüllt von einer erschütternden Erziehungsnot, die den in vielen Fällen völlig ungenügenden pädagogischen Leistungen der Eltern entspringt. „In den Fehlern des Kindes spiegeln sich die Fehler der Eltern wider!“ Welche Entschuldigung, welche Gründe haben wir dafür anzuführen? Sind es nur soziale und wirtschaftliche Nöte, die die Erziehungsschwierigkeiten heraufbeschwören? Finden wir nicht auch in den sogenannten gehobenen Bevölkerungsschichten schwere Erziehungskonflikte?

Wir sind die Generation der Übergänge. Wir erleben innerhalb der Zellen des Staates, der Familie, erbitterte Kämpfe um neue Gestaltung der bisherigen Lebensformen, ein Ringen um Weltan-

Fragen an eine Arbeiterfrau!

Von Kurt Tucholsky.

Bist du sein guter Kamerad und stehst an seiner Seite? Und bist du ihm auf jedem Pfad im Kampf mit diesem Klassenstaat Gesellschaft und Geleite? ...

Hat er die Frau, die ihn versteht? Ist euch ein Lied erklungen? Und weißt du auch, warum er spät noch abends in Versammlung geht: für dich und deinen Jungen?

Und ist dein Herz denn auch dabei? Seid ihr die richtige Zweieheit? Und machst nicht nur die Koherei und tust auch was für die Partei? Für Lidt und Luft und Freiheit?

Und hilfst du ihm auch für und für im Wirken und im Schaffen? Und bildest du dich nach Gebühr und stehst nicht an der Kirchtür und hörst auf keinen Pfaffen? ...

Und hältst du ihn auch nicht zurück, wenn rote Fahnen rufen? Er kämpft für euer Lebensglück! Geh mit ein Stück! Geh mit ein Stück! Empor zu neuen Stufen! ...

Du, Mutter, halt den Alten jung! Es kann ihm gar nichts schaden. Du, Frau, trägst viel Verantwortung. Und hoch ertönt im neuen Schwung das Lied — das Lied vom guten Kameraden ...

schauungsfragen, um Überwindung bisheriger Bindungen, Krisen, die das Gebiet der Pädagogik deshalb besonders stark berühren, weil jedes einzelne Glied der Familie: Mann, Frau, erwachsene Jugend, Kinder für sich und gegeneinander, nicht oder nur selten miteinander kämpft. Das schafft eine Atmosphäre von Mißtrauen und Überempfindlichkeit, von Minderwertigkeitsgefühlen auf der einen, Überheblichkeit, Glauben an die eigene Unfehlbarkeit, Autoritätsdünkel auf der anderen Seite — wie soll ein Kind dabei gedeihen?

Sehen wir einmal das Aktenmaterial der zur Fürsorgeerziehung „verurteilten“ Kinder durch: die Lebensgeschichte fast jedes einzelnen Kindes belegt die Tatsache, daß eigentlich die Eltern in Fürsorgeerziehung genommen werden müßten, sie sind in den meisten Fällen, weil selber nicht oder falsch erzogen, mit ihrer unfähigen Pädagogik ihrem Kind nicht gewachsen gewesen, im Gegenteil, ihm zum Verhängnis geworden. Es ist ein großes Verdienst — nicht immer der Eltern — wenn ein solches Kind gerade aus den steten Beschränkungen und einer charaktervollen Selbstüberwindung den Anstoß nimmt zu seinem Aufstieg aus eigener Kraft.

Wenn uns Bücher allein nicht helfen können, wenn wir aus der Praxis, am Leben selber lernen müssen, so sind solche doch als Führer durch das Labyrinth der verschiedenen Erziehungsme-

thoden nicht zu entbehren. Ein solcher Führer bietet sich uns in dem Werk von Dr. Sophie Freudenberg: „Erziehungs- und heilpädagogische Beratungsstellen“, ein Buch, das jeder Erzieher lesen, aber auch innerlich aufnehmen muß, sofern er das Bestreben hat, seinen Kindern gerecht zu werden. Nach Erhebungen von Dr. Freudenberg und Ruth v. d. Leyden, hat Deutschland bereits eine Anzahl von erziehungs- und heilpädagogischen Beratungsstellen, allerdings nur in Städten mit pädagogisch fortgeschrittenem Geist: Berlin, Bielefeld, Bonn, Breslau, Chemnitz, Dresden, Frankfurt a. M., Gießen, Hamburg, Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Leipzig, Mannheim, Meißen, München, Nürnberg, Stuttgart, Tübingen, Charlottenburg, Weibentels.

Einige Städte haben ausgesprochen individualpsychologische Beratungsstellen, deren Anstoß durch Dr. Alfred Adler (Wien) gegeben wurde, der die Überzeugung vertritt, daß die Bekämpfung jugendlicher Verwahrlosung nur durch eine Schulung der Erzieher möglich wird. Er und Dr. Leonhard Seif (München), haben mit der Ansicht, erst die Erzieher zu erziehen, bewußt oder unbewußt Fröbelsche Bahnen betreten, der seinerzeit mit der Gründung seiner Kindergärten bekanntlich nicht nur den Kindern dienen, sondern in erster Linie mit diesen Einrichtungen den Müttern eine Lehrstätte zur Erziehung der Kinder schaffen wollte, indem er sie durch Anschauung und praktisches Beispiel belehren wollte. Es ist wohl auch Adlers Verdienst, daß dieser Fröbelgedanke in den Kindergärten der neuen großen Wiener Häuserblocks verwirklicht ist, indem dort die Mütter, soweit es ihre Zeit erlaubt, zu reger Mitarbeit im Kindergarten bemüht werden, um das Gemeinschafts- und Verantwortungsgefühl aufrecht zu erhalten und zu stärken.

Zweifellos wirken die ungünstigen Zeitverhältnisse stark befruchtend auf die Gründung solcher Erziehungsberatungsstellen. Es ist aber vor allem das soziale Verständnis der Adlerschen Lehre für die Not der arbeitenden Klasse, die den Boden für die willige Aufnahmebereitschaft der Lehre von der Individualpsychologie reifen ließ. Wo sich die Sozialdemokratie im Machtverhältnis befindet, wie es im roten Wien der Fall ist, da geht es vorwärts, auch wer von dieser politischen Konstellation nicht begeistert ist, bringt der Jugendverständnis durch Mitarbeit in den Erziehungsberatungsstellen entgegen. Die meisten dieser Beratungsstellen sind in den Schulen untergebracht und werden von Lehrervereinigungen, der sozialdemokratischen Elterntraktion, dem sozialdemokratischen Erziehungsverein „Freie Schule“, den Kinderfreunden, sozialdemokratischen Frauenorganisationen, der Arbeiterkammer, dem Caritasverband und einer Poliklinik getragen. Die Leitung hat ein Arzt oder eine Ärztin mit einem Lehrer oder einer sonstwie pädagogisch geschulten Persönlichkeit, teilweise werden sie von Dr. Adler selbst geleitet. Überall dürfen Lernende, vielfach Mitarbeiter aus den Reihen der Kinderfreunde zugegen sein, ebenso Hortleiterinnen und Seminaristinnen. So werden diese Erziehungsberatungsstellen volkstümlich, weil sie Lebensnähe pflegen.

Daß das Beispiel Nachahmung verdient, bedarf bei der erscheinenden Jugendnot und der Ungerlehntheit der Erzieher keiner langen Erwägung. Wo gutgeleitete Erziehungsberatungsstellen arbeiten, dort leben Kinder und Eltern sichtlich auf, beide Teile werden von ihren Schuld- und Minderwertigkeitsgefühlen befreit, sie fühlen sich nicht „gerichtet“, sondern „verstanden“. Alle die scheuen, gedrückten, entmutigten, weil immer beschimpften und verprügelten Kinder atmen wieder auf, sie kommen (nach Seif) mit der unausgesprochenen Bitte: „Gib du mir deinen Glauben an mich, damit ich meinen Glauben an mich selbst und an die Menschen finde. Befreie mich von dem Gefühl ein „Taugenichts“ zu sein. In diesen Beratungsstellen wird bei aller kritischen Erkennung der kindlichen Schwäche auch das verstanden, was sich unter „Freiheit“ einführt, wie Überheblichkeit so gern das Verbergen tiefster Seelennot unter der Maske von Undiszipliniertheit nennt.

Zu einer Beratungsstelle gehört ein freundliches Heim, wohin die Eltern ihre schwererziehbaren Kinder einmal für kürzere Zeit zur Heilbehandlung bringen können, wo heilpädagogisch geschulte, mütterlich empfindende Frauen neben einem erfahrenen Pädagogen bewußt durch Beispiel und Ermutigung das Kind aufrichten. Kein Kind sollte einer Fürsorgeerziehungsanstalt überwiesen werden, das nicht vorher in einem — nennen wir es Erholungsheim — Aufnahme gefunden hat. Denn tatsächlich müssen sich die allermeisten den Fürsorgeanstalten überwiesenen Kinder erst einmal erholen von den Leiden und Qualen körperlicher und seelischer Art, die ihnen, wenn auch unbewußt und oft vom besten Erzieherwillen besetzt, zugefügt wurden.

LITERATUR UND KUNST

Geist und Dichtung im neuen Rußland.

Von Walther G. Oschilewski.

Das heutige Rußland, das den ungeheuren Prozeß der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Umformung noch lange nicht beendet hat und das heute, wie vor elf Jahren, als die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernmassen, von den Bolschewiken in Bewegung gebracht, gegen die provisorische Regierung rebellierten und die ersten Schüsse gegen den Winterpalast prasselten ließen, immer noch auf dem schwankenden Brett eines gesellschaftlichen Experimentes zu stehen scheint, ist jedoch nicht mehr das Rußland der letzten Jahrhunderte. Es ist unlegbar ein glückliches „Volk von morgen“, durch seine Revolution jung, tapfer und traditionslos gemacht. Die „10 Tage, die die Welt erschütterten“, um einmal den Titel des vortrefflich orientierenden Buches des verstorbenen amerikanischen Journalisten, John Reed, anzumerken (Verlag für Literatur und Politik, Berlin-Wien), sind für das russische Volk der Beginn eines neuen Kalendariums seiner Geschichte, die mit dickflüssigem Leid und furchtbarem Elend, dem brutalsten Despotismus und der erbärmlichsten Leibeigenschaft angefüllt ist. Wohl können nicht die seelischen Daten, die für die opferreiche Erdenwanderung dieses Volkes in Ewigkeit zeugen, einfach ausgelöscht werden. Auch das Tartarenjoch, Peter der Große, die Katharina und Tolstoi und Dostojewski sind nachdauernde Erinnerungen, die, da sie doch nationale, völkische Traditionen im Anschluß haben, zum Teil für den Russen recht glückliche, zum anderen Teil unendlich traurige, man nicht einfach fortzulernen kann. Aber die Revolution, die den durch die Jahrhunderte tiefgebundenen, einfachen (in marxistischer Terminologie: proletarischen) russischen Menschen erst einmal in das Licht der Welt grub und ihm ein Gewehr gab, damit er für sich und seine Familie den Streifen Boden und den Sack Luft des Mütterchens Rußland erkämpfen konnte, den er zu einem freieren Dasein benötigte, hat mit diesen Mitteln der äußeren Auflösung eine ganz anders geartete seelische Freiheit ermöglicht. Es ist heute schon nicht mehr nur der ewig leidende, in dumpfer Ergebenheit gleichgültig dahingevegetierende slawische Mensch, den die Knute und der geringe Abfall des Lebens glücklich macht und ihm höchstens in seinen religiösen, zeit- und wirklichkeitsfremden Fanatismus für die sehr unsichere Ewigkeit disponiert, nein, es beginnt schon ein ganz anders gearteter Typus Mensch sich zu entwickeln. Ein aktiver, selbstbewußter, dem Schicksal die steinharte Brust entgegensetzender Mensch, der sich ein wenig breit machen will auf dieser Erde, jugenhaft unbekümmert, in eine sehr europäische Modernität verliebt, der das Rad der Geschichte anpackt und die Backen aufbläst und irgendetwas anfangen will mit seinem Leben. Der religiöse, düstere, bäuerische, mystische Fanatismus wird durch einen atheistischen und durch eine politische Radikalität abgelöst. Sein Wille bekommt Richtung, Architektur, er kämpft, ja, der russische Mensch kämpft für sich, für die Zukunft seines Volkes. Da ist der Himmel nicht mehr so elend und bleigrau wie die unendlichen Steppen, er ist schon giftgrün und blutrot behangen vom Widerschein der Revolution und des langen Bürgerkrieges. Würde in keinem anderen Lande die Frau so geprügelt und war sie nirgends so Vieh in verzweifelter Ergebenheit, so hat die Revolution sie aufgebracht gegen ihre männlichen Unterdrücker. (Man lese hierzu einmal Gorkis Essay „Vom russischen Bauern“, Malik-Verlag, Berlin, das die unerhört russische Grausamkeit zum Gegenstand hat.) Die Frau im heutigen Rußland geht schon ihren eigenen Weg, schon freier, sie wird Kameradin des Mannes und Erzieherin eines neuen Geschlechts.

Das Experiment einer Europäisierung hat vor allem das großstädtische Rußland schon seit Peter dem Großen erfahren müssen. Es ist nie etwas rechtes dabei herausgekommen. So ist auch das heutige Rußland gewappnet, von Westen nicht nur den Firnis zu bekommen, und es besteht nicht die Gefahr, daß es in dem süßlichen, treibhauswar-

men Intellektualismus der Moskauer Gesellschaft der Vorkriegszeit verlorengeliegt. Dagegen macht es ja auch Front. Der heutige Geist in Rußland ist zum großen Teil noch ein asiatischer oder sagen wir, dieser asiatische Geist ist ein geeigneter Regulator der völkischen Temperamente. Der heutige, wache, aktive Mensch in Rußland aber ist nicht dumm genug, um nicht vom Westen lernen zu wollen. Er will die Bewältigung der Dummheit, des Fatalismus, will die Technisierung des Lebens, der Natur, ohne dabei einer sehr brutalen Romantik abhold zu sein.

Kein getreueres Spiegelbild von diesem Wachstum und vom russischen Leben überhaupt gibt es als die derzeitige russische Literatur. Hierin besitzen wir einen vorzüglichen Seismographen, der mit mathematischer Genauigkeit das anzeigt, was uns wissenschaftlich wertvoll ist und was uns an die Zukunft dieses heroischen Volkes, dem wir benachbart sind, glauben läßt; glauben läßt an die Liquidierung der Schreckens- und Hungerjahre, an den Aufbau seines wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Die oben angedeuteten Veränderungen innerhalb der gesellschaftlichen Mentalität sind auch charakteristisch für die sprachliche Konzeption der heutigen russischen Erzählkunst. Das süßliche Gewäch der Symbolisten wurde abgelöst durch eine aufrichtige Brutalität, durch die ehrliche Sprache der Revolution und des Bürgerkrieges. Alle ihre literarischen Niederschläge sind von einer fanatischen Sachlichkeit diktiert. Jedes Wort wurde im Feuer des vielfrontigen Verteidigungskrieges gehärtet. Da galt es vor allem wahr zu sein und den ungeheuren Opfermut des russischen Volkes zu glorifizieren. Die ersten Bücher, die in Deutschland übersetzt wurden und die alle die vielbrändigen Kämpfe um Freiheit, Sieg und Zukunft zur Darstellung bringen, sind die Bücher Iwanows „Panzerzug 14-69“, ein feuerspeienendes Kriegseros im fernen Osten und „Farbige Winde“, den Vormarsch der Revolution in Sibirien schildernd. Dybenkos „Rebellen“ notiert den Aufbruch der Matrosen während der Februarrevolution in einem schonungslosen Photographum, Dorochows „Golgatha“ ist ein grausames Buch aus der Zeit des Bürgerkrieges. Als besonders künstlerisch und thematisch wertvoll muß das Spiegelbild der revolutionären Kämpfe in einer Kleinstadt in Libedinskis „Eine Woche“ angesehen werden. (Alle diese genannten Bücher sind im Verlag für Literatur und Politik erschienen.) Newerows „Taschkent“ (Neuer Deutscher Verlag, Berlin), ist die abenteuerliche Geschichte eines hungernden Knaben, der sich aufmacht, um sich nach dem reichen Turkestan durchzuschlagen. „Wie ein Märchen stand Taschkent vor ihm, die brotreiche Stadt. Weingärten — oh! Spielend kann man seine Tasche mit Aprikosen füllen. Es geht schon. Wenn man auf dem Bauche kriecht, sieht einem keiner.“ Ferner sei noch an die aufschlußreiche Sammlung kurzer, temperamentvoller Erzählungen unter dem Titel „Das Antlitz des Lebens“ (Verlag für Literatur und Politik, Berlin), des gleichen Verfassers, der, Sohn einer analphabetischen Bäuerin und eines dörflichen Kleinbürgers, im Jahre 1923 siebenunddreißigjährig starb, erinnert. Sie ist eines der besten, eindrucksvollsten Zeugnisse der Revolutionierung des russischen Menschen. Das Buch von H. Sserafimowitsch „Der eiserne Strom“ (Neuer Deutscher Verlag, Berlin) ist der Roman der russischen Revolution von 1917, ein Porträt ohne Schminke, wie in Stein gehauen und es atmet rasselnd wie eine Lokomotive.

Außerordentlich verdient um die Edition jüngerer russischer Dichter hat sich der Malik-Verlag in Berlin gemacht. Wem es um die Kenntnisse seines künstlerischen Lebens zu tun ist, kann nicht an den Büchern von Babel, Fedin, Ehrenburg, der Kollontaj, der Sejlullina, vorübergehen. Vor allem ist Babel zu nennen, ein ungewöhnliches Talent, ein Naturbursche, der uns eine ganze Reihe Kurzgeschichten in einer vegetativen Romantik hinsetzt, daß einem der Kopf raucht. Da steckt Feuer drin, und Babel muß sehr genau den himbeerfarbenen Himmel kennen, der manchmal über die Berge weht. „Budjonys Reiterarmee“ und „Geschichten aus Odessa“ heißen seine Bücher. Fedin, der auch Deutschland gut kennt, hat eine sichere Hand und kann etwas. Sein Roman

„Städte und Jahre“ ist reich an Erscheinungen, Situationen, Erfahrungen, die wir alle kennen, und die die Kriegs- und Nachkriegszeit an die Oberfläche unseres Daseins gespült hat. Wir sind dazu da, nicht unterzugehen, sondern abzuwehren und zu bewältigen. Probleme der Liebe und Ehe im heutigen Rußland werden in dem Buch „Wege der Liebe“, von der bekannten Sowjetdiplomatin, Alexandra Kollontaj, in klarer Anschaulichkeit dargestellt. Das Buch verdient in weiten Kreisen der europäischen Zivilisation bekannt zu werden. Auch der Roman einer russischen Bäuerin, von der Halbtartarin Lydia Sejlullina, ist dem letztgenannten Thema in irgendeiner Weise benachbart. Auch die Revolution auf dem Dorfe lebt darin. Ihre Erzählung „Der Ausreißer“ ist eine köstliche, farbenfrohe und lebendige Schilderung der Vagabondage eines Waisenkindes, ein sehr aufschlußreicher Beitrag über das Problem der Kinderfürsorge und Jugenderziehung, dem nur noch das benachbarte „Tagebuch des Schülers Kostja Rjabezew“ von N. Ognjew (im Verlag der Jugendinternationale, Berlin), das in Rußland im ersten Jahre 50000 Auflage erlangte, angereicht werden kann. Marietta Schaginian schrieb den Roman einer russischen Aristokratin, die sich dem neuen Regime zur Verfügung gestellt hat und ihm gerecht zu werden sich bemüht. Ein äußerst wertvolles Buch. Einer der interessantesten russischen Dichter von heute ist zweifellos Ilja Ehrenburg. Vielleicht ein politischer Abenteurer, ein Kunstzigeuner, bestimmt ein ironisches, aktives, elastisches Temperament, das ewig revoltierend, ausbricht und Menschen von Blut und Feuer, Dreck und Teufel hinsetzt, die wir lange im Gedächtnis behalten. Ehrenburg ist ein ganz großer Romancier, ein gleichermaßen an Dostojewski wie an Balzac geschulter Geist. Sein Roman im Malik-Verlag „Michael Lykow“, ist ein grandioser Film der inner-russischen Verhältnisse nach der Revolution, der Held ein politischer Vagabund, ein wenig verkommen, ein wenig Bolschewist, Mitglied der Partei, dann wieder hinausgeworfen, Nempmann, der die unsaubersten Geschäfte macht, Ehrenburg kann dem Farbe und Gestalt geben, niemand kann das sonst noch in Rußland. Auch sein Roman „Die Liebe der Jeanne Ney“, (der Ost und West in den Schicksal zweier Liebenden zu vereinigen sucht), ist eine bezaubernd schöne und dabei spannend dahinerzählende Dichtung. Wie die Geschichte von den „Dreizehn Pfeifen“, ebenfalls eine recht Ehrenburgische Variation über ein von ihm geliebtes Objekt, ist „Die Liebe der Jeanne Ney“, im Rheinverlag, Basel, erschienen. Abschließend wären noch die Novellensammlungen einiger Verleger zu nennen. Vor einiger Zeit erschien im Malik-Verlag, Berlin, eine ganz vorzügliche Sammlung neu-russischer Prosa unter dem Titel: „30 neue russische Erzähler im neuen Rußland“. Die fast alle wesentlichen Autoren umfaßt. In der E. Laubschen Verlagsbuchhandlung, Berlin, die Sammlung russischer Novellen „Neue Ufer“, herausgegeben und eingeleitet von Grefor Bienstock mit Arbeiten von Babel, Saemenoff, Iwanoff u. a. Ferner noch im Neuen Deutschen Verlag, Berlin, von Erwin Honig herausgegeben „Transvaal“, eine geschickte Zusammenstellung, aus der besonders nachdruckvoll die Novellen von Fedin, Babel und Nikandrow, einem der jüngsten, angemerkt werden sollen. Das despotische, rückständige, zaristische Rußland lebt in den Lebenserinnerungen „Nacht über Rußland“, im Malik-Verlag, Berlin, der 76jährigen Wera Figner, die zwanzig Jahre in den Kasematten der Schlüsselburg gefangen lag, auch die gläubige Hoffnung auf eine Befreiung des ganzen russischen Volkes lebt darin. Man hat dieses grausame Leben dieser großen aufrichtigen Frau mit Recht die Odyssee der Leiden genannt. Der großangelegte Roman „Zement“, von F. Gladkow, (Verlag für Literatur und Politik, Berlin), der mit Absicht am Schluß dieser Betrachtung genannt wird, ist aber die ungeheure Instrumentation vieler Stimmen, die für das neue Rußland zeugen! In ihm dampft und pfeift und rasselnd der unbändige Wille zum Aufbau. Hier schafft das russische Volk von heute, das eine blutige Revolution hinter sich hat, den Bürgerkrieg beendet, die Hungersnot bezwungen, das wieder Feuer unter die Kessel schickt und die Schornsteine rauchen läßt, weil es leben, weil es singen und ein wenig froh sein will.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.
Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.
Karl Meß G. m. b. H., Berlin IO 36, Wiener Straße Nr. 30
 Fernspr. Mor. 13289

Fachliteratur!

Lehrbuch der Lithographie und des Stein-druckes von Alois Senefelder. Preis inkl. Nachn. 11.70 RM.

Praktikum des Stein- und Zinkdruckes von Witte. Preis inklusive Nachnahme 10.30 RM.

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle von G. Schweikhard und W. v. Falkenstein. Preis inklusive Nachnahme 1.60 RM.

Zu beziehen durch: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.